

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

typisch CSU: In üblicher Manier hat deren Fraktion diese Woche im Bayerischen Landtag unser **umfassendes Antragspaket für gleichwertige Lebensverhältnisse im Freistaat knallhart abgelehnt**. Das Interessante daran: Unsere Vorschläge entstammen allesamt dem Endbericht der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ – den die CSU-Fraktion mit verabschiedet hat. Die emotionale Debatte im Ausschuss hat gezeigt, dass wir richtig damit liegen, die Vorschläge der Enquete-Kommission nun auch zügig umzusetzen. Die übliche CSU-Taktik, Kommissionsberichte einfach auszusetzen, bis Gras über die Sache gewachsen ist, wird es mit uns FREIEN WÄHLERN nicht geben.



Wir werden uns auch weiterhin für gleichwertige Lebensverhältnisse einsetzen – im Interesse aller Menschen in Bayern. Die Argumente, mit denen die CSU eine konkrete Umsetzung der von ihr selbst mitgetragenen Vorschläge diesmal abgelehnt hat, waren erneut äußerst kreativ. Die Einführung eines Indikatorensystems zur effektiven Messung von Gleichwertigkeit – Kernstück unseres Antragspakets – wurde als ‚zu bürokratisch‘ bezeichnet. Die Weiterentwicklung des Söder’schen Hochglanz-Heimatberichts zu einem Gleichwertigkeitsbericht mit Substanz sei ‚verfrüht‘. Nach Auffassung der CSU ist der in dreieinhalb Jahren intensiver Arbeit gemeinsam verabschiedete Abschlussbericht nur eine grobe Orientierung und kein verbindlicher Auftrag zur Umsetzung. Wir FREIE WÄHLER empfinden das als Geringschätzung der Enquete-Kommission.

Ihr Joachim Hanisch
Kommunalpolitischer Sprecher
Sprecher für Regional- und Landesentwicklung

R ü c k b l i c k

Das Bundesverwaltungsgericht hat **Fahrverbote für Dieselaautos** grundsätzlich gestattet. Dieses Urteil ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung und ihren langjährigen Verkehrsminister Alexander Dobrindt. Wir wollen verhindern, dass nun der deutsche Verbraucher unter die Räder kommt - und nehmen die Autoindustrie in die Pflicht: Die Gestaltung möglicher Fahrverbote muss mit Augenmaß erfolgen! In den USA zahlen Automobilhersteller wegen des Diesel-Skandals Milliardenstrafen, während die Verbraucher in Deutschland mit ihren in gutem Glauben erworbenen Fahrzeugen alleingelassen werden. Wir FREIE WÄHLER fordern daher, dass ältere Modelle kostenfrei nachgerüstet werden müssen.

2013 hat Finanzminister Markus Söder 33.000 **GBW-Sozialwohnungen verscherbelt**. Dieser Verkauf der GBW-Wohnungen war ein politischer Fehler und hätte nie stattfinden dürfen. Dann hätten 80.000 Mieter heute weniger Probleme: Mieten werden teils massiv erhöht und langjährige Mieter aus ihren Wohnungen verdrängt, um die Objekte abreißen und neu bauen zu können. Im Jahr 2013 33.000 Wohnungen zu verkaufen und jetzt anzukündigen, bis 2020 2.000 Wohnungen bauen zu wollen, ist ein Schildbürgerstreich. Um den Wohnungsbau anzukurbeln, fordern wir FREIEN WÄHLER unter anderem die Einführung eines Baukindergelds in Höhe von 2.000 Euro und die Wiedereinführung der degressiven Gebäudeabschreibung. Finanzminister Söder aber muss für seine politischen Fehler einstehen. Dem ist er diese Woche im Plenum nicht ansatzweise nachgekommen.

Ultrafeinstaub schädigt die Atemwege und Lungen, trägt zur Entstehung von saurem Regen und bodennahem Ozon bei und ist möglicherweise sogar gesundheitsschädlicher als Verkehrslärm. Trotzdem verschließt die CSU die Augen vor diesem drängenden Umweltproblem – und hat zuletzt sogar unseren Antrag auf ein bayerisches Ultrafeinstaub-Monitoring abgelehnt. Es liegt an der fehlenden Datengrundlage, dass es noch immer keine EU-

weiten Grenzwerte gibt. Gerade in Städten und in der Flughafenregion wären Luftgüte-Messstationen dringend erforderlich, um belastbare Daten über die Emissionen zu erhalten – aber das ist von der Staatsregierung offenbar nicht gewollt. Jetzt heuchelt die CSU auch noch mit einem wachweichen Berichtsantrag Interesse. Doch es ist kein großer Erkenntnisgewinn zu erwarten, wenn die Staatsregierung über ihre ‚Aktivitäten zur wissenschaftlichen Erfassung der gesundheitlichen Auswirkungen von ultrafeinen Staubpartikeln‘ berichten soll. Wir FREIEN WÄHLER empfinden es als besorgniserregend, wie leichtfertig die CSU mit der Gesundheit unserer Bürger umgeht.

Viele Unternehmen in Bayern sind unzufrieden mit Funklöchern im Handynet. Wir FREIE WÄHLER fordern seit Jahren Förderprogramme für flächendeckenden Mobilfunk – auch im ländlichen Raum. Denn bei der **Mobilfunkabdeckung sowie beim Breitbandausbau hakt es in Bayern** teilweise noch gewaltig. Dass die Zeit drängt, hat nun auch die Staatsregierung erkannt – ein halbes Jahr vor der Landtagswahl. Unlängst verkündete sie ein entsprechendes Förderprogramm. Allerdings sollen den Ausbau wie beim Breitbandförderprogramm wieder die Kommunen stemmen. Sie sollen sogar für ein Fünftel der Kosten aufkommen. Da fragt man sich: Was sollen unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister eigentlich noch alles an Staatsaufgaben leisten?“

Getreten, bespuckt und gebissen: Es ist unglaublich, welches Ausmaß an Gewalt Polizisten im Dienst widerfährt. Um dies im Fall der Fälle wenigstens gerichtsfest dokumentieren zu können, unterstützen wir FREIE WÄHLER die **Einführung sogenannter Bodycams** – verbunden mit einer klaren Forderung an Innenminister Herrmann. Dieser muss nun die nötigen Ausbildungskapazitäten schaffen, damit Bodycams auch von allen Beamten rechtssicher eingesetzt werden können.

In Bayern gibt es rund 3.850 identifizierte „**Reichsbürger**“. Die Gefahr, die von ihnen ausgeht, hat die Staatsregierung leider lange nicht ernst genommen und die Mitglieder als harmlose Spinner betrachtet. Wie falsch diese Einschätzung war und welches Gefahrenpotential von den sogenannten Reichsbürgern ausgeht, belegt nicht zuletzt die Ermordung eines jungen SEK-Beamten 2016 im mittelfränkischen Georgensgmünd. Wie sich jetzt zeigt, ist die Szene mit mehreren Tausend identifizierten Anhängern erschreckend groß. Viele ‚Reichsbürger‘ sind latent gewaltbereit, legal bewaffnet und nicht wenige haben Verbindungen zu rechtsextremen

Kreisen. Die Staatsregierung ist nun gefordert, geltendes Recht weiter konsequent durchzusetzen und entschlossen gegen die Reichsbürgerbewegung vorzugehen.

Die **Afrikanische Schweinepest** (ASP) in Osteuropa ist ein Damoklesschwert auch für Bayern. Hauptsächliches Übertragungsrisiko ist zwar der Mensch durch Einschleppung über Fahrzeuge, weggeworfene Lebensmittel und ähnliches. Sollte der Erreger allerdings in heimische Wildschweinbestände eingeschleppt werden, verschärft sich das Problem immens. Deshalb und auch wegen der Schäden in der Landwirtschaft muss der Wildschweinbestand dringend abgesenkt werden. Hierzu tut die Staatsregierung allerdings viel zu wenig. Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir diese Woche im Plenum des Landtags gefordert, staatlicherseits weitere konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Die größten Versäumnisse bei der Wildschweinbejagung haben der Staat und die CSU selbst zu verantworten. Das Landwirtschaftsministerium sieht tatenlos zu, wie das Schwarzwild in den Revieren der Bayerischen Staatsforsten seit Jahren in den Monaten Februar bis Mai geschont wird, weil es für den Waldbau als nützlich angesehen wird. Konkret fordern wir ein Ende der Jagdruhe und stattdessen eine intensive flächendeckende Bejagung von Februar bis Mai auf Frischlinge und Überläufer in den staatlichen Pirschbezirken. Gerade in diesen Monaten sind die Wildschweine leichter zu erlegen, da auf den Feldern noch keine Deckung steht und die Jungtiere oft führungslos unterwegs sind. Außerdem pochen wir auf die Unterstützung der Wildschweinjäger durch eine staatliche Kostenbeteiligung von 25 Euro für jeden bei einer revierübergreifenden Drückjagd eingesetzten Jagdhund. Damit soll erreicht werden, dass mehr Wildschweinjagden abgehalten werden und nicht an Kostengründen scheitern.

Impressum

Joachim Hanisch
Hintere Marktstr. 13
92436 Bruck i. d. OPf.
Tel.: 09434 / 901513
joachim.hanisch@fw-landtag.de
www.joachim-hanisch.de